

## **Wie der Freiburger Gemeinderat eine von langer Hand geplante Kampagne gegen MieterInnen absegnet**

Am 22.6.2010 hat der Freiburger Gemeinderat mit Ausnahme der Fraktionsgemeinschaft der UL, der GAF sowie einzelnen SPD-Mitgliedern der Verwaltungsvorlage G-10/34 zugestimmt.

Konkret bedeutet dies zunächst „nur“ die Kündigung dreier MieterInnen. Es handelt sich bei diesen MieterInnen allerdings um die letzten drei von ursprünglich acht MieterInnen zweier grosser Wohngemeinschaften, die bereits ab 2004 vom Amt für Liegenschaften gezielt entmietet worden waren. Gemäss Vorlage sollen in die freiwerdenden zwei Sechszimmerwohnungen zwei kinderreiche Roma-Familien einziehen, die mit den dann noch verbleibenden restlichen HausbewohnerInnen eine „integrative Hausgemeinschaft von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund“ bilden sollen. Da jedoch seit 2005 immer wieder auch die gesamte MieterInnengemeinschaft zum Verlassen des Hauses aufgefordert wurde, ist klar, dass es zu einer solchen integrativen Mietergemeinschaft niemals kommen wird:

**Denn sollten die Kündigungen nun tatsächlich durchgesetzt werden können und damit dann insgesamt acht MieterInnen „gegangen worden“ sein, werden wir als Hausgemeinschaft gemeinsam ausziehen.**

Wäre es wirklich um einen nachhaltiges integratives Konzept gegangen, hätte die Verwaltung unser Konzept berücksichtigt, dass die Aufgabe einer Wohngemeinschaft zugunsten der Aufnahme einer großen Romafamilie vorsieht, ohne dass es hierfür eines weiteren Rauswurfes von MieterInnen bedurft hätte. So aber wird es nun zwangsläufig zu einer ghettoähnlichen Situation ohne Berührungspunkte zu benachbarten Kindern am Stadtrand kommen. Neben dem Obdachlosenheim Wonnhalde 1 und dem benachbarten Caritaswohnheim für geistig Behinderte wird dann an der Wonnhalde ein Flüchtlingswohnheim stehen, das über kurz oder lang sowieso aufgrund von Baufälligkeit abgerissen werden wird, zumal keine Sanierung angestrebt wird.

Wir müssen eingestehen, dass das deutliche Abstimmungsergebnis für uns eine riesige Enttäuschung darstellt. Wir selbst hatten seit langem darauf gedrängt, dass die Zukunft des Hauses Wonnhalde 1a endlich im Gemeinderat debattiert wird. In naiver Weise haben wir gehofft, dass auf Basis von Transparenz und informierter Diskussion der Gemeinderat nicht umhin kommen würde, eine offensichtlich von langer Hand geplante Kampagne der Stadtverwaltung und namentlich des Amtes für Liegenschaften und Wohnungswesen zurückzuweisen. Zu überdeutlich waren die Belege dafür, dass die Verwaltung sich als Vertreter der Interessen von Flüchtlingen und Obdachlosen ausgibt, de facto jedoch aus unterschiedlichen Interessen eine seit über 20 Jahre gut funktionierende Hausgemeinschaft um jeden Preis loswerden will.

Wir wollen an dieser Stelle nicht mehr all die Lügen im Einzelnen nachzeichnen, die Liste ist zu lang und hinlänglich dokumentiert (siehe [www.wonnhalde.org](http://www.wonnhalde.org)). Vielmehr wollen wir eine Antwort geben auf die Frage, wie und warum ein derart durchsichtiges Vorgehen zu einem vorläufigen Erfolg führen konnte und welche treibenden Kräfte dabei im Spiel waren.

### **1. Phase (2004 bis 2007): Das Gelände Wonnhalde als lukratives Spekulationsobjekt**

Die Pläne, das Haus Wonnhalde 1a abzureißen und das Gelände zu verkaufen, reifen wohl spätestens im Jahre 2003. Im Zuge einer Sanierungsbestandsanalyse städtischer Wohnhäuser ergibt sich, dass das Haus Wonnhalde 1a dringend im Umfang von 350 000 Euro saniert werden muss. Als die MieterInnengemeinschaft, die schon länger vergeblich auf die gravierenden Mängel hinwiesen hatte, der Stadt 2005 die Umwandlung des Hauses in eine Genossenschaft vorschlägt,

damit endlich die Mieteinnahmen in Sanierungsmassnahmen fließen könnten, beginnt die Stadt mit einem Pokerspiel. Zunächst wird der Hausgemeinschaft mehrfach Interesse am Verkauf signalisiert und die beginnende Entmietung damit begründet, dass das Haus ja nun demnächst sowieso an die Hausgemeinschaft veräußert würde, die dann die Mietverträge wieder herstellen könnte.

### **Flüchtlinge als Vorwand für Entmietung**

Ein Jahr später wird nun die Hausgemeinschaft aufgefordert, bitteschön doch das Haus zu verlassen um Platz für die ansonsten demnächst auf der Strasse stehenden Flüchtlinge in den Hagelstauden zu schaffen: **Oberbürgermeister Dieter Salomon** schreibt allen BewohnerInnen folgende Zeilen:

*„Die Unterbringung von Flüchtlingen, die aufgrund von politischer Repression oder aus humanitären Gründen gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen ist eine soziale Aufgabe, die durch die breite Unterstützung der Bevölkerung angewiesen ist“.*

Wenige Monate später wurde bekannt und auch von der Stadt auch eingeräumt, dass schon vor Verfassen dieser Zeilen Pläne hinsichtlich eines Abrisses der Häuser Wonnhalde 1a und Wonnhalde 1a existierten und bereits interessierte Privatinvestoren für das „gut vermarktbares Gelände“ vorstellig waren. Bezogen auf die Flüchtlinge in den Hagelstauden räumte die Pressesprecherin gar ein, dass diese im Grunde bis 2013 dort bleiben sollten, allerdings der weiteren Vermarktung des benachbarten Baugebietes im Wege stünden.

Politisch ist diese erste Phase des Vorgehens gegen die Wonnhalde 1a dem schwarz-grünen Lager im Rathaus zuzurechnen, was es übrigens der SPD-Fraktion bis Mitte 2007 noch erlaubte, sich in einer Pressemitteilung solidarisch für die BewohnerInnen der Wonnhalde 1a und gegen das offensichtliche Ausspielen von Flüchtlingen und Mietern auszusprechen.

### **Das ideologische Motiv: Kontrolle statt mündige Mieter**

Neben dem ursprünglichen Interesse an einem möglichen Verkauf kommt noch ein reaktionäres Moment als entscheidende Quelle des verbissenen Vorgehens gegen die Hausgemeinschaft zum Tragen: In mehr als zwanzig Jahren und schon bevor die Stadt das Anwesen erwarb, um den Wohnraum und die Mietverhältnisse vor Spekulation zu schützen, bildete sich eine solidarische Hausgemeinschaft heraus. In den beiden Wohngemeinschaften, die ein zentrales vitales Element der Hausgemeinschaft darstellten, wurde bei Fluktuation selbstverständlich immer in Absprache mit der WG und der Stadt an wohnberechtigte Menschen weitervermietet. Die Leitung des gutsherrenartig geführten **Amtes für Liegenschaften und Wohnungswesen** sah 2004 nun endlich die Gelegenheit gekommen, mit diesen „unhaltbaren Verhältnissen“ aufzuräumen. Zu lange hat man sich damit arrangieren müssen, dass MieterInnen eines städtischen Wohnhauses gemeinschaftliches Wohnen nicht im Sinne sozialer Kontrolle von Nachbarn, sondern als solidarische Selbstverwaltung interpretierten. Dessen Amtsleiter hat bereits im Umgang mit den Wagenburglern, die er öffentlich mit Neandertalern verglich, gezeigt, was er von alternativen Lebensformen hält. Die Amtsleitung umtreibt ganz offensichtlich ein persönlicher Hass gegen MieterInnen, sofern sie nicht demütig und isoliert in ihrer Wohnung sitzen und demütig über ein Dach überm Kopf dankbar und sich nicht „anmaßen“, Ansprüche auf Partizipation zu formulieren.

## **2. Phase (2008 bis heute): Sozialdezernat mit Herz: Selbstgegläubte Lügen und „Wahrung politischer Handlungsfähigkeit“ um jeden Preis**

Nachdem die Spekulations- und Verkaufspläne aus unterschiedlichen Gründen zurückgestellt werden mussten, übernimmt das 2008 neu geschaffene, Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach (SPD) unterstehende Amt für Wohnraumversorgung Anfang 2008 die Akte Wonnhalde 1a. Das Amt steht von Anfang an unter Rechtfertigungszwang und Druck. Mit weniger Mitteln als zuvor soll die Wohnraumversorgung und Betreuung von Flüchtlingen und Obdachlosen gewähr-

leistet werden und dabei der vom Gemeinderat 2002 verfasste Leitsatz einer anzustrebenden dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen berücksichtigt werden.

Faktisch stösst das neue Amt dabei an Grenzen, weil seit Jahren der Wille bei Stadtbau und Liegenschaftsamt fehlt, Roma in den durchaus immer wieder leerstehenden städtischen Wohnungen unterzubringen. Längst hätte man auch durch unaufwendige Umbauten die vielen 3-Zimmerwohnungen zu mehreren 6-Zimmerwohnungen verbinden können. Auch grössere Wohnungen, die man uns als Ersatz angeboten hatte, sollten partout nicht mit Roma belegt werden. Es ist ziemlich offensichtlich, dass man Konflikten mit Nachbarschaften aus dem Weg gehen will und deshalb die auf dem Papier angestrebte dezentrale Unterbringung von Roma vermeiden will. Weil zugleich auch der Wegfall von Heimen kompensiert werden muss, deren Gelände für anderen Zwecke „lukrativer“ verwendet werden können, kommt nun das durch die schwarz-grüne Vorarbeit teilentmietete Haus Wonnhalde 1a wie gelegen. Würde es wirklich um Integration und nicht um bequeme Problemverschiebung gehen, dann würde er niemals ausgerechnet solchen Mietern kündigen, die seit 20 Jahren in guter Nachbarschaft mit Obdachlosen und geistig Behinderten und seit drei Jahren sehr gut mit einer sechsköpfigen Romafamilie im Haus lebt.

Die Vorgeschichte des durchsichtigen Mobbings hat der Sozialbürgermeister nicht zu verantworten, dennoch gibt er einmal mehr bereitwillig den Lakaaien einer andernorts beschlossenen Dreckskampagne. Immerhin scheint ihm zunächst unhaltbare Situation klar zu sein, weshalb er eine völlig absurde Vorlage (Vorlage G-08/221), die mit falschen Zahlen gespickt ist, noch einmal zurückzieht. Das Thema wird Anfang 2009 auf Eis gelegt, um vor der Gemeinderats- und dann der Oberbürgermeisterwahl im Mai 2010 nicht in Gefahr zu laufen, an der Parteibasis einmal mehr mit einer mieterfeindlichen Politik assoziiert zu werden. Die SPD-Fraktion blockt hartnäckig alle Versuche unsererseits ab, das Thema noch vor der Wahl in den Gemeinderat zu bringen. Heute ist klar wieso.

### **Eine nachweisbare Lüge nach der anderen: Gemeinderat als Farce**

Wie schon die beiden Vorlagen aus den Jahren zuvor besteht die nun beschlossene Vorlage aus einem Mix aus Lügen und Falschbehauptungen einerseits und einer demonstrativen Fürsprache für das berechtigte Interesse von Flüchtlingen nach menschenwürdigem Wohnraum andererseits. Obgleich wir im Vorfeld die Fraktionen auf die vielen falschen Aussagen der Vorlage mit entsprechenden Nachweisen hingewiesen haben (etwa jene, das Haus sei ja eigentlich vor zwanzig Jahren zum Zweck gekauft worden, um darin Flüchtlinge unterzubringen) hat sich die Mehrheit der Räte keinen Deut irritieren lassen. Bereits im Vorfeld erfuhren wir, dass im Gegenteil einige Räte die seitens der Verwaltung informell gestreuten Verleumdungen übernommen haben. So argumentierten die Grünen, nicht die Stadt habe uns, sondern umgekehrt wir die Stadt über fünf Jahre verarscht. Im Amtsblatt entwarf ein freier Wähler das Bild einiger unverschämter Mieter, die kinderreichen Familien leere Wohnungen vorenthalten und sich anmaßen, „Kündigungen nicht zu beachten“.

**Dieser Gemeinderatsbeschluss ist kein Ausdruck einer auf Transparenz und informierter Diskussion basierenden Willensbildung. Anstatt die dubiosen und durchsichtigen Vorgaben der Verwaltung der letzten Jahre kritisch zu prüfen, hat man sich durch die Haltung, man wolle nun endlich einen unhaltbaren Zustand (den selbst bewusst herbeigeführten Teilleerstand des Hauses) beenden, die von langer Hand geplante Zerschlagung einer Mietergemeinschaft nachträglich abgesegnet.**

**Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, weiterhin die Hausgemeinschaft zu erhalten.**

*Hausverein Wonnhalde 1a, 23.6.2010. Mehr Informationen: [www.wonnhalde.org](http://www.wonnhalde.org)*